Begriffsvermischungen: Ein Politikstil

Der Kommentar zum Zeitgeschehen

von Jürgen Scherer

Dass im politisch-medialen Betrieb nichts unversucht gelassen wird, uns auf eine bestimmte Zielrichtung, die nicht unbedingt unserem Interesse dienlich sein muss, einzuschwören, ist nichts Neues. Die letzte " Veranstaltung" dieser Art haben wir während der Coronazeit erleben dürfen, als die von den Politikern erwünschte Angststimmung u.a. mit der Parole "mit oder an Corona gestorben" erzeugt wurde. Wäre zwischen diesen beiden Möglichkeiten differenziert worden, wer weiß, ob der Angstlevel wirklich so stark in die Höhe geschnellt wäre, wie er dann zur "Unterstützung" der politischen Ziele hilfreich war.

Wie dem auch sei, derzeit wird dieses Begriffsvermischungsprinzip wieder gespielt. Wieder wird behauptet, es gehe um nichts weniger als unser aller Existenz, und zwar um Leben und Tod, wenn wir nicht endlich einsähen, dass die (Wieder)Einführung der Wehrpflicht über Wohl und Wehe unserer Gesellschaft entscheiden werde. Widerspenstigkeit sei nicht angebracht; schließlich stehe in wenigen Jahren der Russe vor unseren Haustüren!

Also her mit der Wehrpflicht!

Da sich aber zeigt, dass die dafür betroffene Alterskohorte nicht unbedingt so motiviert erscheint, wie erwünscht - eher findet eine erkleckliche Anzahl derselben (erinnert seien an die gerade hinter uns liegenden SchülerInnendemos) ein solches Ansinnen als Zumutung -, bedarf es möglichst nachhaltiger Methodik, um zum "Dienst" zu motivieren. Die bietet sich in der Form von Vermischung und Verwirrung.

Und das geht so:

Zunächst wird von dem umstrittenen Begriff abgelenkt, indem man ihn "einbettet". Im vorliegenden Fall wird er kategorisiert, indem er einem Oberbegriff untergeordnet wird. Dieser Oberbegriff heißt "Dienstpflicht'. Diese wird so definiert, dass jedem jungen Menschen in unserer Republik zugemutet werden soll ein Jahr seines Lebens, dem Wohlergehen unseres Gemeinwesens zu widmen; im Neusprech Jens Spahns: Dienst am Vaterland (!).
Er oder sie kann dann wählen zwischen einem "Sozialen Jahr" und der "freiwilligen" Wehrpflicht.
Schwuppdiwupp ist der "Wehrdienst" subsumiert unter der Rubrik "Dienst am Gemeinwohl" bzw. traditionsmartialisch vereinnahmt mit der Parole: "Dienst am Vaterland" - oh, Gott!

Jetzt kann das Trommelfeuer beginnen, mit dem es gelingen soll, das eigentliche Ziel der "freiwilligen Meldungen" zum Wehrdienst zu erreichen. Am besten macht man das, indem auf so genannte repräsentive Umfragen verweist, die es dann erlauben deren Ergebnisse so zu lesen, dass es eine gewisse Spanne an

Interpretationsmöglichkeiten gibt, die es ermöglichen unterschiedlich "richtige" Headlines zu kreieren.

Eine Headline, die des öfteren zu sehen, hören und lesen war, lautete z.B.: Deutsche zu über 60% für Dienst am Gemeinwohl, für ein verpflichtendes "Soziales Jahr". Und da die "KriegsertüchtigerInnen" auch die Wehrpflicht darunter verstanden wissen wollten, konnten sie schamfrei jubilieren. Die Jubelei, zum Teil hinter vorgehaltener Hand, rauschte und rauscht noch immer in etwa folgendermaßen durch den Äther:

Erstens scheint das mit dem Einbetten gut hinzuhauen: Der kriegerische 'Dienst am Vaterland ' wird zunehmend als "sozial" wahrgenommen. Ole!

Zweitens: Die Umfragedienste leisten mit der Umsetzung der regierungsöffentlichen Sprachregelung gute Hilfsdienste. Ole!

Drittens: Wenn wir so weitermachen, werden wir unser Umerziehungsziel erreichen: Dereinstiges Sterben für das Vaterland als Sozialdienst zu akzeptieren, gleichgestellt mit wirklichen Sozialdiensten wie Altenpflege, Ehrenamt oder RettungshelferInnen. Voila!

So zeigt sich, wie politische Ziele, auch von uns nicht immer befürwortbare oder gegen unsere Interessen gerichtete, nachhaltig vehement verfolgt werden können, wenn wir nicht merken, wie wir durch subtil-manipulatorische Umdeutungen uns geläufiger Begriffe aufs "Glatteis" geführt werden sollen.

PS: Mit diesem Text verabschiede ich mich in die Weihnachtspause. Ich wünsche allen Mitlesenden und Mitdenkenden eine angenehme Advents- und Weihnachtszeit und einen optimistischen Rutsch ins Jahr 2026.

Über den Autor
Jürgen Scherer ist ehemaliger Lehrer für Geschichte und Politik an einer hessischen Gesamtschule und GEW-Mitglied. Er schrieb früher für das Magazin Auswege, jetzt für das GEW-MAGAZIN.

Bild oben von Jörg Riechardt auf Pixabay

Bild unten von Gerd Altmann auf Pixabay